

Habilitationsschriften Recht

David Markworth

Rechtswissenschaft und Rechnungslegung

Ein bilanzrechtlicher Dogmatisierungsprozess
zur Erfassung von Mehrkomponentengeschäften



Nomos

Dr. David Markworth

Rechtswissenschaft und Rechnungslegung

Ein bilanzrechtlicher Dogmatisierungsprozess
zur Erfassung von Mehrkomponentengeschäften



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2025

© David Markworth

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-3117-7
ISBN (ePDF): 978-3-7489-5458-3

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748954583>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
4.0 International Lizenz.

Vorwort

Dieses Buch lotet am Beispiel der Mehrkomponentengeschäfte die Möglichkeiten und Grenzen einer eigenständigen, aber zugleich mit dem Privatrecht verzahnten Bilanzrechtsdogmatik aus. Die Kernfragen lauten: Gibt es eine eigenständige Bilanzrechtsdogmatik? Was unterscheidet sie von der Zivilrechtsdogmatik? Gibt es gegenseitige Einflüsse? Die Beantwortung dieser Fragen soll sodann dabei helfen, die künftige rechtspolitische Ausrichtung des Bilanzrechts anzuleiten. Dafür wird untersucht, ob die Rechtsdogmatik nach ihrem derzeitigen Entwicklungsstand eine Lösung für die rechtliche Beurteilung von „Hard Cases“ der Ertragsrealisierung zu liefern vermag. Dies bedingt drei Arbeitsschritte: Zunächst wird herausgearbeitet, inwiefern man rechtswissenschaftlich überhaupt zu Ergebnissen gelangen kann, die universell anschlussfähig sind. Anschließend wird der Bedarf für den mit der Arbeit angestrebten Dogmatisierungsprozess aufgezeigt und sodann das dogmatische Modell entwickelt.

Die Arbeit wurde im Wintersemester 2023/2024 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Habilitationsschrift angenommen und befindet sich auf dem Stand von Januar 2025. Sie wurde mit dem Förderpreis der Stiftung Kapitalmarktrecht für den Finanzstandort Deutschland 2025 ausgezeichnet. Die Veröffentlichung wurde durch Publikationsbeihilfen der Otto-Wolff-Stiftung sowie der Johanna-und-Fritz-Buch-Stiftung ermöglicht.

Mein Dank gilt allen, die an der Entstehung dieser Arbeit Anteil hatten. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei meinem akademischen Lehrer Professor Dr. Martin Henssler, der durch anregende und gewissenhafte Begleitung wesentlich zum Gelingen der Arbeit beigetragen hat. Professor Dr. Joachim Hennrichs bin ich dafür dankbar, dass er das Thema der Habilitationsschrift vorgeschlagen und ein kundiges Zweitgutachten erstellt hat. Daneben habe ich Professor Dr. Jens Koch für langjährig exzellente Arbeitsbedingungen am Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht (AWR) zu danken.

Danken möchte ich weiter meinen akademischen Weggefährten und Freunden, allen voran PD Dr. Christian Deckenbrock. Wertvolle Hilfe im Rahmen der Publikation dieser Arbeit haben meine Mitarbeiterinnen an der Entlastungsprofessur für Zivilrecht der Goethe-Universität Frankfurt a.M. geleistet, neben Wiss. Mit. Jana Bokr waren dies – in alphabetischer Reihenfolge – Sonja Dück, Nicla Frischbier und Sophia-Helene Schmid-Lossberg.

Besonders danken möchte ich schließlich meinem Vater Dr. Michael Schwager für die Mühen des Korrekturlesens und Sara Escribano Maenza por hacer mi vida cada día mejor.

Köln im Sommer 2025

David Cassian Markworth

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	9
Einleitung	27
Teil 1 – Die Untersuchung	31
§ 1 Fragestellung	31
§ 2 Gang der Untersuchung und wesentliche Ergebnisse	48
Teil 2 – Zum Verhältnis von Rechtswissenschaft und Rechnungslegung	57
§ 3 Rechnungslegung als Denkmuster und autopoietisches System	57
§ 4 Zwingende strukturelle Kopplung von Rechnungslegungssystem und Rechtssystem	62
§ 5 Unvollständige Ausdifferenzierung des deutschen Bilanzrechts	78
Teil 3 – Rechnungslegung und Rechtsfindungsmethode	109
§ 6 Die bilanzrechtliche Prinzipienorientierung	109
§ 7 Besonderheiten der Bilanzrechtsfindungsmethode	114
Teil 4 – Defizite der Bilanzrechtsdogmatik	125
§ 8 Mehrkomponentengeschäfte als Beispiel	126
§ 9 Einführung: Bilanzrechtsdogmatik der Ertragsrealisierung	131
§ 10 Lücken der Mehrkomponentendogmatik	141
§ 11 Ausblick: Ein Dogmatisierungsprozess	187
Teil 5 – Die zivilrechtsakzessorische Ertragsrealisation	189
§ 12 Einleitung	189
§ 13 Theorie der zivilrechtsakzessorischen Gewinnrealisation	193
§ 14 Zivilrechtsakzessorische Gewinnrealisation bei Mehrkomponentengeschäften	208
§ 15 Ansätze zu einer Mehrkomponentendogmatik	221
§ 16 Mehrkomponentengeschäfte und Privatautonomie	271

§ 17 Fazit	336
§ 18 Übertragung der Erkenntnisse in die Sphäre der Rechnungslegung	339
Teil 6 – „Wirtschaftlich“ begründete Ertragsrealisationen	347
§ 19 Einleitung	347
§ 20 Ziel: Zuspitzung der Prinzipienabwägung zur Herstellung ihrer Praktikabilität	350
§ 21 Theorie der bilanzrechtlichen Prinzipienabwägung	355
§ 22 Ausgangslage: Doppelzweckbestimmung des 3. Buchs des HGB	364
§ 23 Richtlinienkonforme Auslegung	386
§ 24 Ökonomische Analyse des Bilanzrechts	396
§ 25 Fazit	473
§ 26 Implikationen für die hinausgezögerte Ertragsrealisation	475
Teil 7 – Komplementärfunktion der privatordnungsorientierten Ertragsrealisation	477
§ 27 Einleitung	478
§ 28 Wesentlichkeitsbetrachtungen bei Mehrkomponentengeschäften	484
§ 29 Dogmatischer Statuswechsel privater Bilanzierungsregeln	490
§ 30 Fazit	549
Teil 8 – Ergebnisse	552
Annex: Literaturverzeichnis	559

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	27
------------	----

Teil 1 – Die Untersuchung

§ 1 Fragestellung	31
A. Prüfsteine für das Verhältnis von Rechtswissenschaft und Rechnungslegung	31
I. Bedeutung von Hard Cases für die Rechtsdogmatik	31
II. Mehrkomponentengeschäfte als Entdeckungen	32
1. Vom Recht losgelöste Problemidentifikation	32
2. Angebotsorientierte Kategorisierung	35
3. Motivorientierte Kategorisierung	38
a. Mehrkomponentengeschäfte als Problemlösungsangebote	38
b. Absatzförderung	38
III. Mehrkomponentengeschäfte als Hard Cases der Rechnungslegung	41
1. Theoretische Konzepte zur Abbildung von Mehrkomponentengeschäften	41
2. Bedeutung der Ertragsrealisierung im System der Rechnungslegung	43
a. Herleitung aus der Konzeption des Jahresabschlusses	43
b. Bilanzpolitische Maßnahmen	44
aa. Earnings Management aus bilanzanalytischer Sicht	44
bb. Gestaltungen des Gewinnausweises	45
B. Ausstrahlung der Erkenntnisse auf die Zivilrechtsdogmatik	46
§ 2 Gang der Untersuchung und wesentliche Ergebnisse	48
A. Zum Verhältnis von Rechtswissenschaft und Rechnungslegung	48
B. Das bilanzrechtliche Methodenproblem	51
C. Ein bilanzrechtlicher Dogmatisierungsprozess	51
I. Möglichkeiten und Grenzen der zivilrechtsakzessorischen Ertragsrealisation	52
II. Argumentative Fundierung „wirtschaftlich“ motivierter Ertragsrealisationen	52

III. Komplementärfunktion der privatordnungsorientierten Ertragsrealisation	55
Teil 2 – Zum Verhältnis von Rechtswissenschaft und Rechnungslegung	
§ 3 Rechnungslegung als Denkmuster und autopoietisches System	57
§ 4 Zwingende strukturelle Kopplung von Rechnungslegungssystem und Rechtssystem	62
A. Das Rechtssystem und die Funktion des Rechts	63
I. Abgrenzung	63
II. Funktion des Rechts nach Luhmann	66
B. Kopplung als Folge einer Ausdifferenzierung	66
I. Ausgangslage	68
II. Ausdifferenzierung der externen Dimension der Rechnungslegung	70
C. Exkurs: Kopplung als Folge von Anforderungen des Politiksystems	72
I. Rechnungslegungsregeln und Finanzmarktregulierung	73
II. Rechnungslegungsregeln und Klimawandel	75
D. Schlussfolgerungen	76
§ 5 Unvollständige Ausdifferenzierung des deutschen Bilanzrechts	78
A. Bezugnahme auf den kritischen Rechtspluralismus	78
B. Innenkritik der deutschen Bilanzrechtsordnung	79
I. Akteurszentrierte Betrachtungsweise	80
1. Rechtswissenschaftler	81
2. Gerichte	82
II. Ausdifferenzierung bilanzrechtlicher Normen	84
1. Der vergangene und gegenwärtige Ausdifferenzierungsprozess	85
a. Späte eindeutige Schließung des Normenbestands	85
b. Weitgehender Verzicht auf politische Weichenstellungen	86
c. Beispiel: „Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“	87
aa. Klarheit trotz Wandel im Normproduktionsprozess	88
bb. Verunklarung durch Gesetzesrecht	92

cc. Exkurs: Rechtspolitischer Vorschlag	93
d. Akzeptanzprobleme infolge europäischer Beeinflussung	93
aa. Problematik der „großen Lösung“	94
bb. Zu weitgehender Einfluss des EuGH	95
cc. Widerspruch zur Verfasstheit der deutschen Wirtschaft	96
2. Der zukünftige Ausdifferenzierungsprozess	97
a. Fehlende politische Aufmerksamkeit	97
b. Prozyklität von Regulierungsbemühungen	98
c. Evolutionsdruck und Rechtfertigungszwang	100
aa. Andauernder gesellschaftssektorieller Fragmentierungsprozess	101
bb. Rechnungslegungsregeln in der Globalisierungsdebatte	102
cc. Kulmination im Komitologieverfahren	106
C. Schlussfolgerungen für den angestrebten Dogmatisierungsprozess	108

Teil 3 – Rechnungslegung und Rechtsfindungsmethode

§ 6 Die bilanzrechtliche Prinzipienorientierung	109
A. Bloße Regelungstupfer	110
B. Nähere begriffliche Kategorisierung	111
I. Abstellen auf die Regulierungstheorie	111
II. Bedeutungsgehalt der „Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“	111
§ 7 Besonderheiten der Bilanzrechtsfindungsmethode	114
A. Grammatikalische Auslegung des Bilanzrechts	114
B. Dominanz der außerpositivistischen Bilanzrechtsfindungsmethode	115
I. Intention hinter einer prinzipienbasierten Regulierung	116
1. Öffnung für Außeneinflüsse	116
2. Flexibilität und Innovationsoffenheit	117
II. Im Kontrast dazu: Tatsächlicher Umgang mit §§ 238 ff. HGB	118
1. Identifikation einer „Grundlagenwissenschaft“	119
a. Akademischer Ursprung	119
b. Fortleben in der BFH-Rechtsprechung	121
2. Auswirkungen	121

3. Einordnung als „außerpositivistisch“	122
C. Zusammenfassung	123
Teil 4 – Defizite der Bilanzrechtsdogmatik	
§ 8 Mehrkomponentengeschäfte als Beispiel	126
A. Einleitung	126
B. Das Mehrkomponentengeschäft als Grenzfall juristischer Definitionsmacht	126
C. Rechtliche Spezifika von Mehrkomponentengeschäften	127
I. Ablösung von bekannten Kategorien des Privatrechts	127
II. Ablösung von bekannten Kategorien des Bilanzrechts	129
D. Zwischenergebnis	130
§ 9 Einführung: Bilanzrechtsdogmatik der Ertragsrealisierung	131
A. Problemaufriss	131
B. Zweifache Berücksichtigung im Jahresabschluss	131
C. Bilanzrechtsdogmatik der Ertragsrealisierung	132
I. Gedankliche Ausgangsposition	133
II. Überblick: Konzept der Nichtbilanzierung schwebender Geschäfte	135
1. Bilanzrechtsdogmatisches Fundament	136
2. Einschränkungen	138
III. Zwischenergebnis	139
§ 10 Lücken der Mehrkomponentendogmatik	141
A. Umgang mit Temporärverlusten	141
I. Zweck des Ansatzes von Drohverlustrückstellungen	143
II. Bestimmung des Saldierungsbereichs	144
1. Problemaufriss: Einbeziehung des „wirtschaftlichen Synallagmas“	145
2. Votum des BFH	145
3. Rezeption in der Literatur	147
4. Weitere Konturierung durch ein Kausalitätskriterium	147
III. Kritik	148

B. Umgang mit Vorleistungen des Sachleistungsschuldners	149
I. Vom BFH vertretene Auffassung	152
II. Kritik	153
III. Exkurs: Missachtung des Komponentendenkens	155
C. Umgang mit der Kostenabgrenzung	157
I. Nachlaufende Verbindlichkeiten im Dauerschuldverhältnis	158
II. Argumentation mit dem Erfüllungsrückstand bei Mehrkomponentengeschäften	159
1. Meinungsstand im Schrifttum	159
2. Maßgebliche Entscheidungen des BFH	162
a. Provisionsforderung des Handelsvertreters	162
b. Der VIII. Senat zu Nachbetreuungsleistungen	163
c. Der I. Senat zu Hörgeräteakustikern	163
d. Der IV. Senat zum Assekurateur	164
e. Folgeentscheidungen	164
3. Weitere Eckpfeiler der Kostenabgrenzung	166
a. Voraussetzungen der Kostenabgrenzung	166
aa. Verbindung zwischen den Leistungspflichten	166
bb. Aufteilbarkeit von Leistung und Gegenleistung	167
b. Bemessung der Verbindlichkeitsrückstellung	167
III. Kritik	169
1. Fehlende Auseinandersetzung mit dem Vorsichtsprinzip	169
a. Fehlausweis des aus dem Gesamtgeschäft resultierenden Ertrags	169
b. Widerspruch zum wirtschaftlichen Gehalt	170
c. Probleme bei der Rückstellungsbemessung	170
2. Gesetzesferne der gefundenen Lösung	171
a. Fehlende gesetzliche Verortung	171
aa. Enge Grenzen des Vereinfachungsgedankens	172
bb. Fehlende Vereinfachung des Ertragsausweises	172
b. Fehlende Differenzierung	173
aa. Abkehr vom Kriterium der wirtschaftlichen Verursachung	174
bb. Der Rückstellungsansatz bei Mehrkomponentengeschäften	176
3. Bloße Problemverlagerung zur Frage der „Unwesentlichkeit“	177
D. Stand der Aufgliederungsdogmatik	178
I. Betonung der Vorzugswürdigkeit und Problemaufriss	179

II. Abgrenzung von einfachen Fällen der Teilgewinnrealisation	180
1. Die Diskussion um die Bilanzierung der langfristigen Auftragsfertigung	180
2. Wesentlicher Unterschied	182
III. Maßgebliche Faktoren der Umsatzaufgliederung	183
E. Zwischenergebnis	183
I. Umgang mit „Temporärverlusten“	183
II. Umgang mit Vorleistungen des Sachleistungsschuldners	184
III. Kostenabgrenzung	185
IV. Umsatzaufgliederung	185
F. Schlussfolgerungen zur Lösung von Hard Cases	185
I. Überwindung der Fokussierung auf Teilerkenntnisse	185
II. Realisation und Vorsichtsprinzip	186
§ 11 Ausblick: Ein Dogmatisierungsprozess	187
Teil 5 – Die zivilrechtsakzessorische Ertragsrealisation	
§ 12 Einleitung	189
A. Die Vertragsverknüpfung als dogmatische Kategorie	189
B. Parteivereinbarungen widersprechende Vertragsverknüpfungen	190
C. Abgrenzung von einer Dogmatik der Vertragsnetze	190
D. Aufbau von Teil 5	191
§ 13 Theorie der zivilrechtsakzessorischen Gewinnrealisation	193
A. Theorie der Realisation	193
B. Das Quasisicherheitsprinzip	194
I. Strenge Privatrechtsakzessorietät beim Kauf	195
II. Beharren auf der Privatrechtsakzessorietät beim Werkvertrag	197
III. Methode der „zivilrechtsakzessorischen“ Teilertragsrealisierung	198
1. Aktivierungspflicht des Honoraranspruchs	198
2. Teilertragsrealisierung bei Werkverträgen	199
IV. Bilanzierung bei Parteidispositionen	200
C. Eintrübung des Ausgangsbefunds	201
I. Tendenzen bei der Bilanzierung des Kaufs	202
II. Bilanzierung des Sukzessivlieferungsvertrags	202

III. Bilanzierung von Dauerschuldverhältnissen	203
IV. Bilanzierung von Mietverhältnissen	203
D. Deutung des Quasisicherheitsprinzips als Angebot des Rechts	204
I. Distanzierung von der Verortung beim Jahresabschlusszweck	205
II. Realitätsnahe Bilanzierung durch Einordnung in die juridische Kommunikation	206
§ 14 Zivilrechtsakzessorische Gewinnrealisation bei Mehrkomponentengeschäften	208
A. Der Meinungsstand im Schrifttum	208
B. Kritik der bestehenden Ansätze	210
I. Ausgangspunkt: Forderungsabstraktion und -isolation	211
II. Objektive Relativität des Schuldverhältnisses	212
1. Dominanz des Spot-Vertrags im Gesetz	213
2. Das teilbare Rechtsgeschäft und Teilleistungsbestimmungen im BGB	214
3. Folge: Außerachtlassung von Vertragsverbindungen	216
III. Das bipolare Vertragsleitbild des BGB	217
1. Personale Relativität des Schuldverhältnisses	217
2. Bekannte Literaturkritik	219
C. Zwischenergebnis	220
§ 15 Ansätze zu einer Mehrkomponentendogmatik	221
A. Mehrkomponentengeschäfte als gesetzgeberische Regelungsobjekte	221
I. Mehrkomponentengeschäfte im Wettbewerbsrecht	222
II. Sektorspezifische Regelungen zu Paketen	222
III. Die Regelungen zu verbundenen und zusammenhängenden Verträgen	224
1. Einleitung	224
2. Wirtschaftliche Verknüpfung von Leistungskomponenten	225
3. Punktueller Regelungsgehalt	227
a. Überblick	227
b. §§ 358 f. BGB	229
c. § 360 BGB	229
d. § 506 BGB	230

IV. Rückschrittiger Ansatz der jüngsten	
Verbraucherrechtsreformen	231
1. Paketverträge in der Warenkaufrichtlinie	231
2. Anknüpfung an den Gesamtvertrag als Rückschritt	233
3. Regelung bloßer Teilelemente des Paketvertrags	234
4. Anlehnung an § 323 Abs. 5 Satz 1 BGB	234
V. Zwischenergebnis	235
B. Institutionenbildung	236
I. Entwicklungstendenzen in der Rechtsprechung	236
II. Anwendungsfall 1: Rechtsfolgenerstreckung bei	
Wirksamkeitshindernissen	237
1. Untersuchungsprämissen	237
2. Herausbildung eines Leitkriteriums	238
3. Unmaßgeblichkeit der Parteigrenzen	239
4. Zwischenfazit	240
III. Anwendungsfall 2: Die Formerstreckung	240
1. Problemaufriss	240
2. Bestätigung der Auslegungsregel	241
3. Überschreitung der Parteigrenzen	242
4. Zwischenfazit	243
IV. Anwendungsfall 3: Der Gesamtrücktritt	243
V. Schlussfolgerung: Überschreitung der Schwelle zur	
Institutionenbildung	244
C. Nähere dogmatische Kategorisierung	245
I. Grundentscheidung für freie Vertragstrennbarkeit	246
II. Finanzierter Abzahlungskauf und Geschäftsgrundlagenlehre	248
1. Einordnung in die Geschäftsgrundlagenlehre	248
2. Widerspiegelung in der BGH-Rechtsprechung zum	
Finanzierungsleasing	250
a. Die Geschäftsgrundlagenlehre beim	
Finanzierungsleasing	250
b. Verallgemeinerung dieser Rechtsprechung durch	
Grundmann	251
3. Ausgestaltung der Lösung im Einzelnen	252
a. Vertragsanpassung und Neuverhandlung auf	
Rechtsfolgende	252
b. Einzubeziehende Parteien bei	
Mehrpersonenkonstellationen	253

4. Einwände gegen die Verortung in § 313 BGB	254
a. Einwand des entgegenstehenden gesetzgeberischen Willens	254
b. Einwand der Subsidiarität	255
aa. Ausgehen von der Risikoverteilung zwischen den Parteien	256
bb. Zwischenergebnis	259
cc. § 313 BGB als spezielle Ausprägung des § 242 BGB	259
c. § 313 BGB als Instrument zur Gewährleistung von Einzelfallgerechtigkeit	260
III. Konstruktion eines rechtsgeschäftlichen Verbunds	262
1. Gernhubers Vorschlag	262
2. Ist die Zeit reif für eine Umsetzung?	264
D. Mangelnde Konturierbarkeit des Rechtsinstituts und Teilauflösung des Problems	266
I. Das Grundproblem	266
II. Auflösung dieses Problems in jüngerer Zeit	267
1. Vermutungstatbestände des § 358 Abs. 3 Satz 1 BGB	267
2. Methodik des kreisförmigen Erkenntnisgewinns	269
§ 16 Mehrkomponentengeschäfte und Privatautonomie	271
A. Einführung	271
B. Schwächen der reinen Auslegungslösung	272
I. Offenlegung einer (partiellen) Fehlkonstruktion	273
1. § 139 BGB	274
2. Gesamtrücktritt	277
a. Analoge Anwendung von § 323 Abs. 5 Satz 1 BGB	277
b. Vom BGH vor der Schuldrechtsreform vertretene Auffassung	279
c. Auffassung des OLG Hamm	281
d. Zusammenfassung	282
II. Verstoß gegen das Gebot einer folgerichtigen Vertragsauslegung	283
1. Grundsatz	284
2. Weiteres Indiz	285
3. Nähere Demonstration	285
a. Einleitung	285
b. Indiz für einen Trennungswillen	286

c. Rechtsprechung jüngerer Datums	287
d. Vorzugswürdige Lösung	287
4. Probleme bei multilateralen Parteikonstellationen	288
a. Willensmangel	289
b. Fehlende Vergleichbarkeit mit Fällen des Ringtauschs	289
III. Zwischenfazit	291
C. Rechtfertigung privatautonomienegierender Mehrkomponentenrechtswirkungen	292
I. Herkömmliche Rechtfertigung neuer Einschränkungen der Privatautonomie	292
1. These von der materialen Richtigkeitsgewähr	292
2. Verteilung der Argumentationslast	294
II. Kritik	295
1. Angreifbarkeit beinahe jeder sozialen Intervention in das Privatrecht	295
2. Generalkritik als Sackgasse	296
III. Alternatives Begründungsmodell	297
1. Menkes Erklärung für die beständige Privatrechtsmaterialisierung	297
2. Komplementärbeschreibungen	298
3. Leitbild einer Rechtsdogmatik als verantwortliches Handeln	300
IV. Anwendung des Modells	302
1. Das Verwendungsrisiko als Ausgangspunkt	303
2. Keine Umgehungsgeschäfte	304
3. Locked-In-Effekt	305
4. „Wirtschaftliche“ Intuition und „rechtliche“ Gestaltungsmacht	306
5. Verdeckung des Locked-In-Effekts	308
V. Absicherung des gefundenen Ergebnisses	310
1. Gebot der rechtlichen Gleichbehandlung	310
2. Ökonomische Theorie des Verbraucherschutzes	311
a. Das Effizienzkriterium der Wohlfahrtsökonomik	311
b. Gedanke einer effizienten Risikozuweisung	312
c. Ökonomische Rechtfertigung richterlicher Eingriffe	313
aa. Aufwand für ein Mehrkomponentengeschäft	314
bb. Bedeutungsgehalt informeller (Reputations-)Mechanismen	314
cc. Fehlende Wirkungskraft informeller Mechanismen	315

dd. Bedarf für einen externen Eingriff	316
D. Wie sollen Gerichte auf Mehrkomponentengeschäfte reagieren?	316
I. Abgrenzung zweier Eingriffsmodelle	317
II. Hier vertretene Auffassung	319
III. Scheitern des Informationsmodells beim Abzahlungskauf	319
IV. Was noch gegen ein Informationsmodell spricht	321
1. Verweis auf die Kosten	321
2. Komplexität eines Informationsmodells	322
3. Informiertheit und informationsgestützte Risikoübernahme	324
4. Auseinandersetzung mit der autonomiebasierten Vertragstheorie	326
5. Argumentation mit der Privatautonomie	327
V. Zwischenfazit und Schlussfolgerung	330
E. Voraussetzungen externer Eingriffe in Mehrkomponentengeschäfte	331
I. Elemente in der Anbietersphäre	331
II. Elemente in der Abnehmersphäre	332
III. Angebot einer Typisierung	333
F. Zusammenfassung	334
§ 17 Fazit	336
§ 18 Übertragung der Erkenntnisse in die Sphäre der Rechnungslegung	339
A. Einwand: Realitätsverdrängung	340
I. Widerspruch zur Behandlung des Leistungsstörungenrisikos	340
II. Ausblendung „wirtschaftlicher“ Risikobeurteilungen	340
III. Einordnung dieser Einwände in die allgemeine Debatte	342
IV. Zur fehlenden Einbettung in das HGB	343
V. Stellungnahme zum Einwand der Realitätsverengung	343
B. Fehlende dogmatische Anknüpfungspunkte für eine Wesentlichkeitsbetrachtung	344

Teil 6 – „Wirtschaftlich“ begründete Ertragsrealisationen

§ 19 Einleitung	347
§ 20 Ziel: Zuspitzung der Prinzipienabwägung zur Herstellung ihrer Praktikabilität	350
A. Gedanklicher Ausgangspunkt	350
B. Warum kein Verweis auf den ständigen Gerichtsgebrauch?	350
C. Abwägung der Bilanzierungsprinzipien als methodischer Ausweg	351
D. Der Jahresabschlusszweck als letztentscheidendes Argumentationselement	351
E. Zwei Wege zur Ermittlung der bilanzrechtlichen Rechtsidee	354
§ 21 Theorie der bilanzrechtlichen Prinzipienabwägung	355
A. Rechtsprinzipien und die Fiktion eines geschlossenen Systems	355
I. Abgrenzung von Rechtsprinzipien und Bilanzierungsprinzipien	355
II. Der eigentliche Kerngehalt des Prinzipienmodells	356
1. Warum wird auf Rechtsprinzipien verwiesen?	356
2. Umgang mit Rechtsprinzipien	357
3. Die dahinter stehende Fiktion	358
B. Übertragung auf die Bilanzierungsprinzipien	361
C. These der derzeitigen Lückenhaftigkeit des Abwägungsarguments	362
§ 22 Ausgangslage: Doppelzweckbestimmung des 3. Buchs des HGB	364
A. These von der Ausrichtung auf den Gläubigerschutz	364
B. Fehlende Widerspiegelung im nationalen Bilanzrecht	366
I. Spätes Aufkommen des Gläubigerschutzgedankens	367
II. Überleben der Dualität	368
III. Das Steuerrecht als „Treibanker“ der Informationsausrichtung	371
IV. Schlussfolgerungen	373
C. Einfluss des europäischen Rechts	374
I. Versuch einer „schonenden“ Richtlinienumsetzung	374
II. Widerspiegelung in der Abkoppelungsthese	377
1. Aussagegehalt der Abkoppelungsthese	377

2. Einwände gegen die Abkoppelungsthese	378
a. Überblick	378
b. Fehlende Aufwertung auf europäischer Ebene	378
c. Fehlende Aufwertung auf nationaler Ebene	379
III. Daran anknüpfende These von einem „gespaltenen“ Bilanzrecht	380
IV. Erkennbare Stärkung der Informationsfunktion durch das BilMoG	382
V. Zwischenfazit	384
D. Schlussfolgerungen für den Dogmatisierungsprozess	385
§ 23 Richtlinienkonforme Auslegung	386
A. Der true and fair view-Grundsatz im europäischen Recht	387
I Richtlinienwortlaut im Vergleich zur deutschen Umsetzung	387
II. Mitberücksichtigung aller denkbaren Jahresabschlussaufgaben	388
III. Bedeutung des true and fair view in der EuGH-Rechtsprechung	389
B. Gegenthese: Fehlende Harmonisierungskraft des europäischen Rechts	391
C. Widerspiegelung in Immo Chiaradia SPRL	392
D. Auslegung des europäischen Rechts im Lichte des effet utile	393
E. Abschließende Bewertung der richtlinienkonformen Auslegung	395
§ 24 Ökonomische Analyse des Bilanzrechts	396
A. Einleitung	396
I. Zielsetzung: Auffinden der Regelungsidee durch ökonomische Analyse	396
II. Aufbau von § 24	397
B. Ansatz und Grenzen des hiesigen Vorhabens	398
I. Gedanklicher Ausgangspunkt	398
II. Grenzen der Gesetzesauslegung	400
III. Berücksichtigung rechtsökonomischer Erkenntnisse	402
C. Abgrenzung von verwandten Ansätzen	403
I. Informationsökonomische Beeinflussung der Bilanzrechtswissenschaft	404

II. Umfassende Systemvergleiche	405
III. Rechtspolitische Vorschläge	406
D. Kritik der Gläubigerschutzorientierung	407
I. Instrumentelle Analyse des Bilanzrechts	408
1. Bilanzrecht als Governance-Strategie	408
a. Informationsinteressen von Anteilseignern und Investoren	409
aa. Überwachung und Kontrolle der Unternehmensleitung	410
bb. Dem Unternehmen maximal entziehbare Mittel	415
cc. Fortbestand des Unternehmens	416
dd. Künftige Gewinnerwartungen	416
ee. Entscheidungsnützliche Informationen	416
b. Informationsinteresse der Fremdkapitalgeber	418
2. Bilanzrecht als Regulierungs-Strategie	421
a. Ausschüttungsbemessungsfunktion für die Anteilseigner	421
b. Mindestkapital-, Kapitalaufbringungs- und -erhaltungsvorgaben	422
aa. Kapitalaufbringung und -erhaltung	422
bb. Korrespondierendes (negatives) Zahlungsinteresse	423
3. Zusammenfassung	424
II. Eng gefasster Ansatz: Modellierung einer hypothetischen Vertragslösung	425
1. Gedanklicher Ansatz	426
2. Die Dilemmasituation	427
3. Überwindung der Dilemmasituation	428
a. Hierarchische Ordnung der Unternehmensvertragsverhältnisse	428
b. Begrenzung des Referenzrahmens	431
aa. Rechtfertigung der Begrenzung auf die Finanzierungsbeziehungen	431
bb. Rechtfertigung der Vernachlässigung anderer Akteursgruppen	432
cc. Vernachlässigung der steuerrechtlichen Dimension	434
c. Zusammenfassung	435

4. Anwendung des konsensorientierten Ansatzes	436
a. Perspektive der Anteilseigner	436
aa. Informationsinteressen	436
bb. Kontrolle des Fremdkapitalpreises	437
cc. Bekämpfung von short termism	438
dd. Verhinderung opportunistischen Verhaltens	439
ee. Zwischenergebnis	440
b. Perspektive der Fremdkapitalgeber	440
aa. Informationsbedürfnisse der Fremdkapitalgeber	441
bb. Einbeziehung des institutionalisierten Gläubigerschutzes	443
cc. Unbeachtlichkeit des Interesses an Finanzpolstern	444
dd. Anteilseignerbelastende Breitenwirkung der Vorsichtsprägung	446
ee. Herabgesetzte Schutzbedürftigkeit der Fremdkapitalgeber	447
(1) Herkömmliche Begründung der herabgesetzten Schutzbedürftigkeit	447
(2) Bekannte Gegenargumente	448
(i) Berücksichtigung der Transaktionskostensenkung	449
(ii) Berücksichtigung von Gerechtigkeitserwägungen	450
ff. Besondere Schutzbedürftigkeit allein in der Unternehmenskrise	451
gg. Schutzbedürftigkeit in der personalistisch organisierten Kapitalgesellschaft	453
hh. Vorsichtsorientierung kein Zusatzpreis der Haftungsbeschränkung	453
c. Zwischenergebnis	454
III. Weiter gefasster Ansatz: Einbeziehung institutioneller Komplementarität	455
1. Gedanklicher Ansatz	456
a. Auswirkungen von „Legal Origins“ auf das Unternehmensrecht	456
b. Passgenauigkeit der Rechnungslegung für das Gesamtsystem	457
c. Systemische Zerteilung der Corporate Governance	458
aa. Insider- und Outsider-Systeme	459
bb. Konsequenzen für das Bilanzrecht	460

2. Darauf aufbauendes Plädoyer für eine vorsichtsgeprägte Rechnungslegung	461
a. Das deutsche System als „Insider“-System	461
b. Konsequenzen für das Bilanzrecht und seine Auslegung	463
3. Gegenposition	464
a. Aufweichung der strengen Systemgrenzen	464
b. Wider das Argument einer reinen Partialbedeutung	467
c. Rückgriff auf die Regulatory Competition-Theorie	468
E. Zusammenfassung	470
§ 25 Fazit	473
1. Gedanklicher Ansatz von Teil 6	473
2. Historische und richtlinienkonforme Auslegung	473
3. Ergebnis der ökonomischen Analyse	474
§ 26 Implikationen für die hinausgezögerte Ertragsrealisation	475
Teil 7 – Komplementärfunktion der privatordnungsorientierten Ertragsrealisation	
§ 27 Einleitung	478
A. Private Rechnungslegungsregelsetzung	478
I. Definition	478
II. Stellenwert im Bilanzrecht	478
III. Speziell: Stellenwert der IAS/IFRS für die deutsche Rechnungslegung	480
B. Zum Umgang mit privater Rechnungslegungsregelsetzung	481
C. Aufbau von Teil 7	483
§ 28 Wesentlichkeitsbetrachtungen bei Mehrkomponentengeschäften	484
A. Rekapitulation bisheriger Erkenntnisse	484
B. Übereinstimmung der Realisationstheorie von HGB und IFRS 15	485
C. Unterschiede zwischen IFRS und zivilrechtsakzessorischer Ertragsrealisation	487
D. Wesentlichkeitsbetrachtungen nach IFRS 15	487

§ 29 Dogmatischer Statuswechsel privater Bilanzierungsregeln	490
A. Rechtspositivistische Sicht auf private Regelsetzung	490
I. Überblick: Die positivistische Rechtsdefinition	490
II. Rechtsqualität privat erzeugter Regeln	492
III. Konsequenzen für den Status privater Bilanzierungsregeln	493
IV. Konsequenzen für die Bilanzrechtsdogmatik?	495
1. Problemaufriss	495
2. Private Regelungen als „Rechtserkenntnisquellen“	497
V. Zwischenergebnis	499
B. Analytisch begründete Kritik	499
I. Hybride Governance	500
II. Pistors „The Code of Capital“	501
III. Betrachtung des Rechnungslegungsrechts	503
1. Hybride Governance und Rechnungslegungsordnung	503
2. Unattraktivität rein privater Rechnungslegungsordnung	504
IV. Zusammenfassung	505
C. Fehlendes konstruktives Potenzial der bisherigen Position	506
I. Künstliche Debattenbeschränkung	507
1. Ausgangspunkt	507
2. Horizontale Drittwirkung von Grundrechten	509
3. Folgenlosigkeit des verfassungsrechtlichen „Bannstrahls“	510
II. Bedingungen für einen staatlichen Rollenwechsel	511
D. Adaption normativer Fremdpositionen zum Stellenwert privater Regelsetzung	512
I. Rechtsökonomische Verhältnisbestimmung	512
1. Theoretische Grundlagen	513
2. Vorzüge privater Normsetzung	515
II. Die „reflexive“ Systemtheorie des Rechts	516
1. Autonome Mechanismen der Konfliktauflösung	516
2. Die Aufgabe (staatlichen) Rechts und der diesbezüglichen Wissenschaft	517
III. Wert der beiden normativen Positionen für die hiesige Untersuchung	518
1. Ausgangspunkt: Rechtspolitische Leitsternfunktion	519
2. Ingebrauchnahme der Positionen	520
E. Modell für einen Statuswechsel privater Regeln	520
I. Vier institutionelle Voraussetzungen privater Ordnung	522
1. Innere Politisierung einer privaten Ordnung	522

2. Externalitätenkontrolle	523
3. Fortlaufende Überprüfungsvorbehalte	524
4. Gewährleistung des shadow of the law	525
II. Entwicklung eines Anwendungsmaßstabs	526
1. Grenzen einer Cost-Benefit-Analysis	527
2. Qualitative Analyse der Abbildung von Mehrkomponentengeschäften	528
F. Anwendung des entwickelten Modells für Mehrkomponentengeschäfte	529
I. Bestehende Überprüfungsvorbehalte	530
1. Rechnungslegungsprinzipien als rückbindende dogmatische Elemente	530
2. Neujustierung der Rechnungslegungsdogmatik	531
II. Innere Politisierung der IAS/IFRS	532
1. Überblick	532
2. Der politische Gehalt von Rechnungslegungsregeln	533
3. Berücksichtigung der politischen Dimension	534
4. Erwartung eines Monopolisierungseffekts	537
a. Theorie der Netzeffekte	537
b. Marktbasierte Herausbildung effizienter Rechnungslegungsstandards	539
aa. Märkte für Regelungsideen?	539
bb. Skeptisch stimmende Befunde	540
cc. Einfluss der Binnendiversifikation	542
5. Verstärkter staatlicher Einfluss auf Entwicklung und Fortbildung der IFRS	542
III. Einschränkung von Drittwirkungen	544
1. Aufsicht über den Rechnungslegungsprozess	545
2. Berücksichtigung öffentlicher Funktionen	546
a. Relativierung des Drittwirkungsverbots	546
b. Konkretisierung des Drittschutzes	547
IV. Rechnungslegungsregeln in the shadow of the law	547
§ 30 Fazit	549
Teil 8 – Ergebnisse	
Annex: Literaturverzeichnis	559